

U in den Westen steht es nicht gut. Im Herbst 2018 verglich der damalige britische Außenminister Jeremy Hunt die Europäische Union mit einem Gefängnis, in dem es zugehe wie in der untergegangenen Sowjetunion. Nur wenige Monate später drohte der amerikanische Präsident dem Nato-Partner Türkei die wirtschaftliche „Zerstörung“ an. Kurz darauf überwarfen sich Frankreich und Italien, also zwei Mitglieder der Allianz und der EU, derart, dass Paris seinen Botschafter in Rom zur Berichterstattung zurückrief und damit zu einer Maßnahme griff, die einmal eine Vorstufe zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen gewesen ist.

Und so geht die rasante Demontage der westlichen Gemeinschaften in einem fort. Im Lichte der Geschichte ist diese Entwicklung nicht überraschend, im Gegenteil: Sie ist konsequent. Denn Nato und EU entstammen einer versunkenen Welt. Sie waren die Antwort nordamerikanischer und westeuropäischer Staaten auf die spezifischen Herausforderungen des Kalten Krieges.

Diese Antwort war nicht neu oder originell. Seit jeher hatten sich die Völker und Staaten Europas in Bündnissen organisiert. Sie boten Schutz in Friedens- und Sicherheit in Kriegszeiten, soweit es in Kriegen Sicherheit geben kann. So war es auch im 20. Jahrhundert. Drei Weltkriege hat der Kontinent zwischen 1914 und 1991 gesehen, von denen der letzte, der sogenannte Kalte Krieg, zugleich der mit Abstand längste gewesen ist. In allen Fällen, auch in diesem, führte ein gemeinsamer Feind Staaten zusammen, die ursprünglich mehr trennte, als sie verband.

Ein zuverlässiger Lieferant dieses Feindbildes war zunächst das Deutsche Reich, das 1871 im Krieg gegründet worden war und 1945 im Krieg unterging. Dass die Sieger dieses Land, soweit es westlich von Oder und Neisse lag, hernach teilen, war geostrategisch konsequent. Hier – und nicht in Frankreich oder in Polen – hatten sich die alliierten Armeen getroffen. Und weil die Sowjets nach dem Ende der Kampfhandlungen keine Anstalten machten, ihre neuen Stellungen östlich der Elbe zu räumen, blieben auch die Amerikaner, wo sie waren.

Fortan gab es einen Westen, weil es den Osten gab, und das heißt: Ohne den Osten hätte es den Westen nie gegeben. Denn unter anderen Umständen wäre ein dauerhafter Schulterschluss zwischen Amerikanern, Briten und Franzosen schwerlich vorstellbar gewesen – und die Einbeziehung eines Teils von Deutschland schon gar nicht. Dieser Schulterschluss bestand im Wesentlichen in der Gründung einer Reihe von Gemeinschaften, allen voran der Nato, die im April 1949 aus der Taufe gehoben wurde, und der heutigen Europäischen Union, die sich wenig später zu formieren begann.

Die Mitgliedsstaaten dieser Gemeinschaften verbanden ihr Wertekanon und ihre Entschlossenheit, die Freiheit gegen äußere Gefahren zu sichern – und nicht zuletzt der Wille, ihre nationalstaatliche Unabhängigkeit zu behaupten. In deutschen Ohren klang das immer befremdlich, weil die Bundesrepublik bis 1991 als einziges Mitglied von Nato und EU nicht über die volle äußere Souveränität verfügte. Die supranationalen Organisationen waren der Ersatz für die fehlende Nationalstaatlichkeit.

Bei allen anderen war das anders. Der nationale Selbstbehauptungswille war eine maßgebliche Triebkraft für die Gründung der supranationalen Organisationen. Die nationalen Erruptionen, die wir seit dem Ende des Ost-West-Konflikts auch in westeuropäischen Gründerstaaten beobachtet, sind nicht über Nacht entstanden.

Dass diese nationalen Regungen bis 1991 mit einer heute erstaunenden Disziplin unter Kontrolle gehalten wurden, lag an der gemeinsamen Bedrohung durch die Sowjetunion, und die wiederum brachte die Amerikaner von Anfang an in eine unanfechtbar starke Position. Schon weil nur sie im nuklearen Zeitalter die Unabhängigkeit ihrer Bündnispartner garantieren konnten, nutzten sie ihren Brückenkopf in Westeuropa nicht nur zur Durchsetzung ihrer legitimen nationalen Interessen, sondern auch für eine kompromisslose Vormundschafspolitik gegenüber ihren Partnern.

In der Logik dieser Entwicklung hätte es gelegen, wenn mit dem Osten auch der Westen von der Bildfläche verschwunden wäre. Ebendas passierte nicht, im Gegenteil. Während die Sowjetunion und ihr Militärpakt bis Ende 1991 von der weltpolitischen Bühne abtraten, bespielten die westlichen Gemeinschaften sie nicht nur wie eh und je, sondern sie verstärkten auch ihre Ensembles. Dabei ignorierten, vergaßen oder verschluderten Nato und EU jene Reformen, die nötig gewesen wären, um der neuen, wenn man so will: der ostfreien Lage Rechnung zu tragen.

Und sie nahmen in Kauf, dass sie mit der Aufnahme einer ganzen Reihe ost- und ostmitteluropäischer Staaten die geopolitische Architektur des Kontinents änderten. Dieser Prozess musste zwangsläufig Auswirkungen insbesondere auf Russland haben – zumal die Sowjetunion, de-



Illustration F.A.S.

Nato und Europäische Union sind nicht mehr nötig

Die Bündnisse entstammen einer Welt, die vor dreißig Jahren versunken ist. Wer sich an sie klammert, verweigert sich der Gegenwart. *Von Gregor Schöllgen*

ren Erbe Russland 1991 antrat, im Zuge ihrer Implosion einen nicht minder radikalen Schrumpfungprozess durchmachte.

Das war einer der Kollateralschäden, die das Festhalten des Westens an seinen überkommenen Strukturen verursachte. Und er war nicht einmal der gravierendste. Um die siechen Patienten EU und Nato am Leben zu erhalten, durften ihre Seelen nicht sterben, und das hieß: Der Osten und alles, was sich mit ihm verband, mussten weiterleben. Vor allem das Feindbild. Dass namentlich Wladimir Putin dieses nach westlicher Interpretation regelmäßig bediente, tat ein Übriges.

Selbst wenn eines fernen Tages einmal alle Quellen frei zugänglich sein sollten, dürfte es schwierig sein zu erkennen, wer im Einzelfall vorpreschte und wer reagierte. Sicher ist, dass auch der Westen kräftig an der Eskalationsschraube drehte. Für Putin und seine Leute waren das Steilvorlagen, um das Völkerrecht zu brechen, die Krim zu annektieren und den Krieg in der Ostukraine zu eröffnen. Selbstverständlich hatten die jungen Staaten Ost- und Ostmittleuropas das uneingeschränkte Recht, sich um die Aufnahme in den westlichen Gemeinschaften zu bemühen. Aber konnte man ernsthaft annehmen, dass der Krell dem seriellen Beitritt in die Europäische Union und vor allem in die Nato tatenlos zusehen würde?

Zumal es nicht dabei blieb. So wurde die Ukraine, obgleich nicht einmal Mitglied der Nato, seit 1997 Schritt für Schritt in deren militärische Operationen einbezogen. Und im Frühjahr 2009 hob die EU mit Armenien, Aserbaidschan, Moldau, Georgien, der Ukraine und Weißrussland, also mit sechs vormaligen Sowjetrepubliken, eine sogenannte Östliche Partnerschaft aus der Taufe und zwang diese damit faktisch auch, sich zwischen dem Westen und Russland zu entscheiden.

Aus russischer Sicht besonders folgenreich war die Entscheidung der Nato, in vormaligen Sowjetrepubliken und Warschauer-Pakt-Staaten Truppen ihrer westlichen Mitgliedsländer zu stationieren.

Darin konnte man durchaus auch einen Verstoß gegen die Nato-Russland-Grundakte sehen, in der die Nato Ende Mai 1997 in Aussicht stellte, nicht „zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft“ stationieren zu wollen.

Natürlich lässt diese eher vage Formulierung Interpretationen zu. Auch auf russischer Seite. Für den Krell bedeuteten die Expansion der Nato nach Osten und die dauerhafte Stationierung amerikanischer Truppen zum Beispiel in Polen, die während der Präsidentschaft Barack Obamas begann: Die Nato steht 200 Kilometer vor Sankt Petersburg.

Man mag das als russische Paranoia abtun, mag darauf verweisen, dass die Nato gegenüber Russland keine offensiven, schon gar keine annexionsistischen Absichten verfolgt. An der russischen Wahrnehmung ändert das nichts. Zumal aus dieser Sicht die radikale Ost-Erweiterung der Allianz und der Aufbau des amerikanischen Raketenabwehrschildes unter anderem in vormaligen Warschauer-Pakt-Staaten zwei Elemente einer Eskalationskette sind.

Offensichtlich nehmen Nato und EU das in Kauf. Das ist bedenklich. Es ist der Preis, den sie für ihr Überleben zahlen. Und er ist beileibe nicht der einzige, vielleicht nicht einmal der höchste. Mindestens so folgenreich ist das Fortbestehen der amerikanischen Vormundschaf. Dass die Vereinigten Staaten diese auch nach 1991 aufrechterhalten konnten, lag an ihrer ungebrochenen militärischen Präsenz in Europa; dass sie militärisch präsent blieben, lag an ihren europäischen Partnern. Man übersieht das leicht, aber die amerikanische Zusage, auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eigene Truppen in Europa zu belassen, war eine von mehreren Bedingungen, unter denen Franzosen, Briten und andere der Vereinigung Deutschlands zustimmten.

Schon deshalb hatte man in Washington keine Veranlassung, die Haltung gegenüber den Juniorpartnern jenseits des Atlantiks aufzugeben oder auch nur zu verändern. Mit dem Exit der Sowjetunion hatte sich zwar die Lage, nicht aber die Wahrnehmung der Europäer geändert. Für die amerikanischen Präsidenten von

Bill Clinton bis Donald Trump war das eine Einladung, dort weiterzumachen, wo ihre Vorgänger aufgehört hatten. Das gilt auch für Barack Obama. Wenn es um die Interessen Amerikas ging, kannte auch dieser Präsident in der Regel lediglich Gefolgsleute.

So radikal Donald Trump mit den diplomatischen und politischen Gepflogenheiten seines Landes bricht – die seit 1949 gewachsene Einstellung seiner Vorgänger zu den Partnern und Verbündeten der Vereinigten Staaten behält er bei. Der Rückzug vom Atomabkommen mit Iran am 9. Mai 2018 und die ihm folgende Sanktionskaskade oder die Aussetzung des Vertrages über die landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen INF zum 2. Februar dieses Jahres sind legitim. Zudem gibt es für den einen wie für den anderen Schritt nachvollziehbare Gründe, wie ja auch nicht jede außen- oder sicherheitspolitische Entscheidung Washingtons schon deshalb fragwürdig ist, weil Donald Trump sie ankündigt oder unterzeichnet.

Bedenklich ist, dass die europäischen Partner, um deren Sicherheitslage es hier wie dort immer auch geht, vor vollendete Tatsachen gestellt werden und nach eigener Wahrnehmung keine Alternative haben, als sich den einseitig beschlossenen Maßnahmen zu fügen. Damit bewegen sich die Vereinigten Staaten und ihr Präsident auf der 1949 eingeschlagenen Linie, so wie sich die Europäer nicht der Logik dieser 1991 untergegangenen Welt entziehen wollen.

Und selbst wenn sie es wollten, könnten sie es nicht. Das liegt an ihrer konsequent kultivierten Überzeugung, ohne die Vereinigten Staaten von Amerika den Unwägbarkeiten und Gefahren der Weltpolitik hilflos ausgesetzt zu sein. Das mag so sein, ist aber auch eine Folge ihrer Unfähigkeit, aus eigener Kraft die Voraussetzungen für eine gemeinsame, auch militärische Handlungsfähigkeit auf der weltpolitischen Bühne zu schaffen. Die seit 1950 unternommenen, am Ende allesamt gescheiterten Versuche, eine autonome Europäische Verteidigungsgemeinschaft auf die Beine zu stellen, lassen sich nicht mehr an den Fingern einer Hand abzählen. Wenn es darauf ankam,

verließ Europa sich immer auf Amerika. Wie die gespenstischen Diskussionen um eine gemeinsame westliche Marineemission im Persischen Golf zeigen, hat sich daran bis heute nichts geändert. So gesehen, bleibt das Bündnis ein Akt einseitiger Solidarität. Dass auch Donald Trump diesen Punkt macht, heißt nicht, dass er falsch ist; dass er ihn auf die ihm eigene Art setzt, liefert wiederum den Europäern einen willkommenen Vorwand, sich mit den Defiziten dieses Präsidenten und nicht mit den tiefer liegenden Strukturproblemen zu beschäftigen. Das ist das wahre Drama.

Im Übrigen ist die Klage des Präsidenten keine Ausnahme. Es gibt kein Mitglied der westlichen Gemeinschaften, das nicht bei mindestens einem anderen einen krassen Mangel an Solidarität ausmacht. Bleibt aber die Solidarität auf der Strecke, löst sich das für jede Gemeinschaft lebenswichtige Bindemittel. Kein Wunder, dass Egoismen und Alleingänge seit 1991 Hochkonjunktur haben.

In der Summe bedeuten sie eine glatte Kapitulation vor den großen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Die Weigerung der allermeisten Staaten Europas, sich nennenswert an der Aufnahme von Migranten, Flüchtlingen und Asylanten zu beteiligen, oder ihre Unfähigkeit, sich im Angesicht einer globalen Katastrophe auf verbindliche Regeln für die Rettung der Umwelt zu einigen, sind Symptome eines Defizits.

Und sie sind Bankrotterklärungen von Veteranen, die sich an die Vergangenheit klammern, um der Gegenwart nicht ins Auge sehen zu müssen. Wer die Zeit und die Energie für ein ritualisiertes Geschacher um Posten in der EU aufbringen kann, will nicht wissen, was die Stunde geschlagen hat.

Tatsächlich zerfällt auf breiter Front, was von 1945 bis 1991 als Antwort auf eine äußere Bedrohung Berechtigung und Bestand hatte. Amerikas Präsident spielt nicht nur mit dem Gedanken eines Austritts aus der Nato, er vollzieht ihn, wenn er einseitig Abkommen wie den INF-Vertrag aufkündigt oder aussetzt. Vergleichbares gilt für die Türkei, die ein modernes russisches Luftabwehrsystem anschafft und von der Entwicklung und

vom Kauf des neuesten amerikanischen Kampfflotts ausgeschlossen wird.

Die Auflösung der Europäischen Union wurde nicht durch die Briten eingeleitet. Wenn bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in Staaten wie Belgien, Frankreich, Großbritannien oder Italien die Parteien eine Mehrheit holen, die dieses Europa auf die eine oder andere Weise demontieren wollen, ist das kein Betriebsunfall.

Diese schleichende Auflösung von Nato und EU ist eine Implosion mit einem enormen Gefahrenpotential. Denn sie ist im Kern ein unpolitischer, in vieler Hinsicht irrationaler Reflex auf ein politisches Vakuum. Es trat an die Stelle der bis heute ausstehenden Antwort auf die vor beinahe dreißig Jahren aufgeworfene, entscheidende Frage: Wer sind wir, und wo stehen wir?

So gesehen, kann es für die Verantwortlichen in den westlichen Metropolen nur noch darum gehen, sich zu den Herren des Geschehens zu machen. Reformen der Gemeinschaften, die diesen Namen verdienen, scheiden inzwischen aus. Denn sie müssten tiefgreifend und konsequent sein. Wie der am 22. Januar unterzeichnete Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration zeigt, fehlen aber selbst den europäischen Gründernationen in der vitalen Frage einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Mut und die Kraft. Daher sollte man den britischen Austritt aus der EU und den amerikanischen Rückzug aus der Nato als Chance begreifen. Es gilt, geregelt zu vollenden, was längst in vollem Gange ist. Das ist keine Kapitulation, es ist die Rückkehr zu gestalterischer Politik. Schließlich wäre die Auflösung jener anachronistischen Monstren nicht mit der Aufgabe eingespielter und bewährter politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Strukturen zu verwechseln, im Gegenteil: Die geordnete Entsorgung der hinfälligen Korsetts ist die Voraussetzung für einen Neuanfang. Ein Tabu darf es nicht geben.

Der Autor lehrte von 1985 bis 2017 Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen und war in dieser Zeit auch für die historische Ausbildung der Attache's im Auswärtigen Amt verantwortlich.